

Frage 1:

Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das gesetzliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter wieder sichern und wirksam vor Armut schützen. DIE LINKE setzt daher auf die erneute Stärkung der gesetzlichen umlagefinanzierten Rente.

Wir wollen eine Umkehr bei der gesetzlichen Rente: Es reicht nicht, nur die weitere Absenkung zu stoppen. Das Rentenniveau von 53 Prozent muss sofort wieder hergestellt werden. Das bedeutet: 122 Euro netto mehr im Monat für einen »Standardrentner«.

Frage 2:

Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja. Wir müssen sofort etwas gegen Altersarmut tun: Wir wollen dazu eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro und niedrige Löhne in der Rente aufwerten, damit kein Mensch im Alter unter der Armutsgrenze leben muss.. Das Rentenalter muss wieder auf 65 Jahre gesenkt werden und nach 40 Arbeitsjahren müssen Beschäftigte auch abschlagsfrei mit 60 in Rente gehen können. Nur so kann Altersarmut aufgrund von Abschlägen bei früherem Renteneintritt vorgebeugt werden, die mit der Rente mit 67 zugenommen haben.

Frage 3:

Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen

Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja. Natürlich muss die Rentenversicherung zur Finanzierung eines besseren Absicherungsniveaus - wie die Kranken- oder Pflegeversicherung - auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Für alle Erwerbseinkommen müssen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung gezahlt werden. Auch Politikerinnen und Politiker, Selbstständige, Freiberuflerinnen und Freiberufler, Beamte und Beamtinnen und Manager und Managerinnen sollen Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

Frage 4:

Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken:
Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Auch wir sehen die Notwendigkeit sozialpolitische Ziele der Rentenversicherung durch Steuern gegen zu finanzieren. Ein Beispiel dafür ist die sogenannte „Mütterrente“. Für jedes Kind wollen wir drei Entgeltpunkte – das sind zurzeit über 90 Euro– auf dem Rentenkonto gutschreiben. Egal, ob ein Kind 1960 oder 2010, in Ost oder West geboren wurde. Diese Verbesserung muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuern finanziert werden.

Für regelmäßig geleistete freiwillige und unbezahlte Arbeit von Bürgerinnen und Bürgern im organisierten anerkannten Rettungsdienst, Brandschutz, Katastrophenschutz und THW werden durch den Staat angemessene Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt.

Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft. Sie wird aus Steuern finanziert. Wir werden mit deutlich höheren Vermögensfreibeträgen sicherstellen, dass soziale Härten vermieden und normales, selbstgenutztes Wohneigentum unangetastet bleibt.

Frage 5:

Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz IV Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Mit der Rentenreform von Riester wurde dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger in die Rentenkasse einzahlen als die Beschäftigten. Diese sollten selber vorsorgen. Heute wissen wir, dass sich Viele dies - trotz staatlicher Subventionen - nicht leisten können. Die Rentenreform sicherte letztlich nicht die Renten von Beschäftigten, sondern subventionierte mit Milliarden die Versicherungs- und Finanzwirtschaft. Im Sinne einer Stärkung der gesetzlichen Rente werden wir die Riesterrente abschaffen und die erworbenen Ansprüche in die gesetzliche Rentenversicherung überführen.

Wie in Frage 3 ausgeführt, sind wir natürlich für eine Erwerbstätigenversicherung. In deren Fall ist zudem eine Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung von entscheidender Bedeutung. Arbeitgeber müssen sich wieder in gleichem Maße wie Beschäftigte beteiligen. Ein weiterer Schritt die Finanzierung zu verbreitern ist zudem die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und deren letztendliche Abschaffung in den verschiedenen Sozialversicherungssystemen.

Wir wollen die Benachteiligung der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner endlich beenden. Wir fordern eine sofortige Angleichung an das Westniveau, ohne zukünftige Rentnerinnen und Rentner zu benachteiligen.